

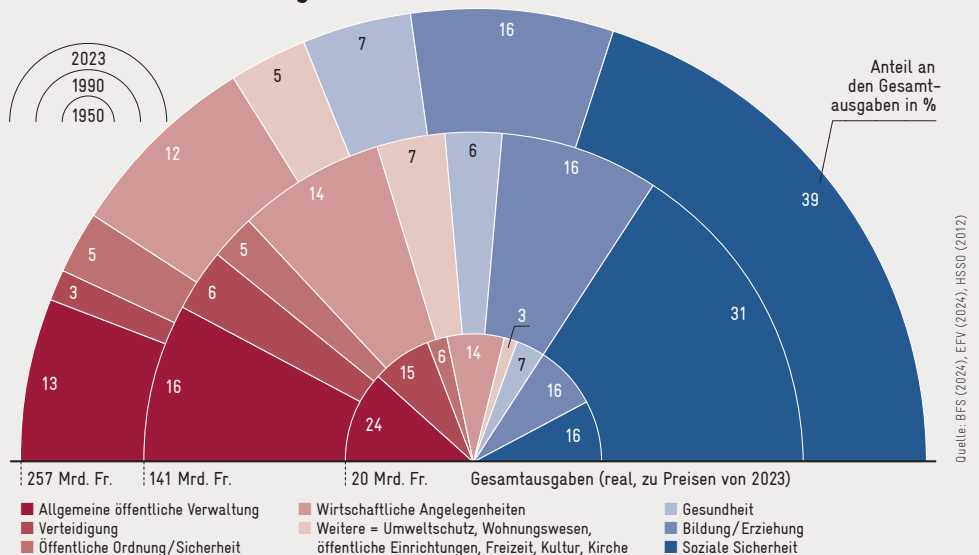
Vermessenes Staatswachstum

Der Staat wird von vielen zunehmend als Gehilfe zur Erfüllung ihrer Partikularinteressen gesehen. Wie schlägt sich das im staatlichen Fussabdruck nieder? Und wie lässt sich dessen Wachstum begrenzen?

Ausgangslage

Die schweizerische Staatsquote (Staatsausgaben in % zum BIP) hat sich seit 1960 verdoppelt. In den letzten zehn Jahren hat sich die Abgabenlast weiter erhöht. Über Subventionen und Privilegien nimmt der Staatseinfluss auch in privat organisierten Gesellschaftsbereichen zu. Der Wirtschaftsstandort gilt international als wettbewerbsfähig, doch die Schweiz weist eine hohe Regulierungsdichte auf. Auch wenn der Kollektivismus (noch) nicht überhandnimmt: Diese Entwicklungen sind kritisch zu sehen in einem Land ohne natürliche Ressourcen, dessen Wohlstand auf einer innovativen Wirtschaft fusst, die auf Bürgernähe der Politik und Bottom-up-Prozesse angewiesen ist.

Der Staatskuchen wird grösser



Die Staatsausgaben haben sich in allen Bereichen vervielfacht. Das stärkste Wachstum verzeichnet die «soziale Sicherheit», deren Anteil von 16% auf 39% der Gesamtausgaben gestiegen ist.

1 000 000
Vollzeitäquivalente

In der Schweiz werden rund eine Million Beschäftigte von der öffentlichen Hand genährt (+ 170 000 seit 2011). Das entspricht 24 % des gesamten Stellenbestands.

Facts

■ Von den 1 Mio. Beschäftigten fallen **410 000 auf den Staat im engeren, 210 000 auf den Staat im weiteren Sinne** (öffentliche Unternehmen) und **380 000 auf staatsnahe Unternehmen** (private Unternehmen, die unter staatlicher Kontrolle stehen oder in wesentlichem Mass staatlich finanziert sind).

■ Über die Hälfte der Preise sind hierzulande nicht das Resultat von Angebot und Nachfrage, sondern massgeblich **staatlich mitgestaltet** oder sogar direkt kontrolliert.

■ Entgegen der landläufigen Meinung liegt die schweizerische **Fiskalquote** – einbezüglich der obligatorischen Beiträge an Kranken- und Pensionskassen – **mit unterdessen 40% nicht niedriger als in unseren Nachbarstaaten** Deutschland und Österreich.

■ Dass die Covidkrise zu einem ähnlichen **Treppenstufeneffekt** bei der Staatsquote führen wird wie die Immobilienkrise der 1990er oder die Erdölkrise der 1970er Jahre, zeichnet sich zum Glück bisher nicht ab.

Empfehlungen

Um das Staatswachstum im Zaum zu halten, gilt es, **Aufweichungen der Schuldenbremsen** von Bund und Kantonen zu **verhindern**. Des weiteren sollte auf Bundesebene das den Kantonen längst bekannte **Finanzreferendum** eingeführt werden. **Regulierungsfolgenabschätzungen** müssen optimiert werden.

Stellen in der Verwaltung sollten nur mit Personen besetzt werden, die eine Mindestanzahl von Jahren **ausserhalb des öffentlichen Sektors gearbeitet** haben. Eine Sondersession pro Jahr sollte von den Räten ausschliesslich dafür genutzt werden, um **überholte oder zu teure Bestimmungen** zu identifizieren und zu **löschen**.

